

KONRAD ADENAUER STIFTUNG

Soziale Gerechtigkeit und Generation Z

www.kas.de

Soziale Gerechtigkeit und Generation Z

Auf einen Blick

Was die Publikation bietet

Was bedeutet soziale Gerechtigkeit für junge Menschen, die der Christdemokratie nahestehen? 15 junge Autorinnen und Autoren geben Antwort, begleitend finden sich die Perspektiven der Caritas sowie junger Politikerinnen und Politiker.

Generation Z und soziale Gerechtigkeit

- Für die junge Autorenschaft der vorliegenden Broschüre ist soziale Gerechtigkeit das größte politische Querschnittsthema – ein Alltagsthema ohne Bezug zu Ideologien

- Formale Bildungswege mit multiprofessionellen Teams für individuelle Förderung, eine faire Arbeitswelt, die Ermöglichung von Wohneigentum, die gute finanzielle Absicherung in ihrem Alter, Klimagerechtigkeit und eine diskriminierungsfreie Gesellschaft gehören zu ihrem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit

Die Corona-Krise hat eine „Schwächung der Schwachen“ bewirkt

- Ein Drittel der jungen Generation kämpft mit sich verschärfenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen

- Gerade junge Menschen aus sozioökonomisch schwächer gestellten Haushalten konnten, zum Beispiel aufgrund nicht vorhandener digitaler Ausstattung, oft nicht an den digitalen Angeboten schulbezogener Jugendsozialarbeit teilnehmen

Industrie 4.0 kommt den Erwartungen der Generation Z an sozial gerechte Arbeit entgegen

- Für die technologieaffine Generation bietet die Industrie überdurchschnittliche Weiterentwicklungsmöglichkeiten, sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze – im Ranking der Wunschliste der Generation Z an den Beruf nehmen diese drei Kriterien Spitzenplätze ein

- Einmal „on board“ motiviert sie nichts mehr als Gehört- und Gesehenwerden: Mitbestimmung und Partizipation am Unternehmenserfolg, flache Hierarchien und Arbeitszeiten, die eine gute Work-Life-Balance zulassen, gehören für sie zu fairen Arbeitsbedingungen

Generation Z erwartet von sozialer Politik Ehrlichkeit, Authentizität und Bodenständigkeit

- Ein starkes soziales Profil der Christdemokratie kommt der Soziale-Gerechtigkeits-Affinität vieler junger Menschen entgegen. Wie keine andere pocht die Generation Z auf intrinsisch motivierte Politikerinnen und Politiker

Tendenz Generation Z: Probleme lieber selbst lösen anstatt Parteien zu vertrauen

- Spaßbetontheit und der ausgeprägte Sinn für Humor sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass „Zler“ an Politik und sich selbst gerne die Sinnfrage stellen

- Dabei legen sie eine pragmatische, alltagsnahe, lösungsbezogene Haltung an den Tag und nehmen ihre Anliegen gerne selbst in die Hand

- Von einer Politik der sozialen Gerechtigkeit erwarten sie, zum Beispiel bei dem Thema Wohneigentum, Lösungen, die Selbstverantwortung ermöglichen und den eigenen Antrieb belohnen

Inhalt

Vorwort
Serap Güler MdB ..... Seite 7

Einleitung
Elisabeth Hoffmann ..... Seite 9

Soziale Gerechtigkeit aus dem Blickwinkel der Generation Z ..... Seite 12
Elisabeth Hoffmann in Zusammenarbeit mit Benjamin Anders, Fabian Götsch, Marvin Grabowski, Yannik Heidbüchel, Max Hinrichsen, Benedikt Jäger, Noem Kissmehl, Natalie Klauser, Lukas Nantke, Martha Nowakowski, Sophia Richter, Cedric F. Röhrich, Carolin Unger, Katrin Weis, Lena Wiegand, Sean Zielinski

Erwartungen der Generation Z an eine gerechte Transformation der Wirtschaft ..... Seite 24
Marc Speicher MdL

Ausblick: Das soziale Profil der Christdemokratie – nicht „irgendwie links", sondern christlich-sozial ..... Seite 32
Gernot C. Nahrung, Bundesvorsitzender der Jungen CDA

Soziale Gerechtigkeit für alle jungen Menschen erreichen! ..... Seite 38
Susanne Nowak, Bundesreferentin IN VIA

„Kurs halten: Anpacken statt rumschnacken“ – Politik der sozialen Gerechtigkeit in Schleswig-Holstein ..... Seite 48
Interview mit Daniel Günther MdL, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein

Autorinnen und Autoren ..... Seite 52

Vorwort

Serap Güler MdB

Wer ist das, die „GenZ“, die es bisweilen schafft, sogar junge Politikerinnen und Politiker alt aussehen zu lassen? Die allein deswegen geheimnisvoll und exotisch anmutet, weil sie einen eigenen Namen hat? Die Beiträge in diesem Band geben einen aufschlussreichen Einblick in die Welt der Menschen, die wir auf jeden Fall auf der Agenda halten sollten. In den kommenden Jahren erreicht sie das Wahlalter, womit auch ihr Einfluss auf das politische Geschehen stetig wachsen wird: die GenZ ist gekommen, um zu bleiben.

Das Licht der Welt hat die GenZ ungefähr zu dem Zeitpunkt erblickt, in dem sich das Internet rasant über den Globus ausweitete. Dieser Satz soll nicht der Anfang einer Lobhudelei auf die Digitalkompetenz der Jugend sein, sondern lediglich eine ebenso einfache wie folgenreiche Tatsache erklären: Die GenZ schaut mit einem anderen Blick auf die Welt als es meine Generation in diesem Alter tat. Dieser Blick war uns damals in diesem Maße nicht möglich und er hat große Auswirkungen auf das Selbstverständnis, auf die Ziele und die Motivationen der jungen Generation. Gleichwohl gibt es grundlegende Bedürfnisse, die sich vielleicht gar nicht so sehr von dem unterscheiden, nach dem auch wir uns in unserer Jugend sehnten. Diese beiden Dimensionen in Balance zu bringen, ist eine Aufgabe der Politik.

Die Beiträge in diesem Band sind vor allem von zwei großen Motiven geprägt: Da ist einerseits

das Streben nach Sinnhaftigkeit des eigenen Handelns und andererseits eine Sehnsucht nach Rahmenbedingungen, die Selbstverantwortung ermöglichen und eigenen Antrieb belohnen, anstatt die Eigenmotivation ins Leere laufen zu lassen.

Die jungen Autorinnen und Autoren fragen sich, welchen Beitrag sie in der Welt leisten, und sie denken dabei in größeren Zusammenhängen. Es ist ihnen nicht egal, ob ihre Lebensführung negative Auswirkungen auf die Verhältnisse in anderen Teilen der Welt hat. Sie sind nicht nur auf sich bezogen, sondern sorgen sich um ihre Umwelt und um ihre Mitmenschen.

Außerdem wünschen sie sich Voraussetzungen, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit ermöglichen, ohne dass sie dadurch bevormundet werden. Sie wollen nichts geschenkt bekommen, sie wollen auch keine Sonderbedingungen von einem überfürsorglichen Staat, sondern anpacken. Sie wollen gerechte Grundlagen, auf denen das Leistungsprinzip für jeden und jede gleichermaßen greift, damit Dinge wie ein Haus im Grünen oder eine eigene Wohnung ein realistisches und grundsätzlich erreichbares Ziel sind.

Mir scheint in den Beiträgen auch ein Appell an meine Generation der Politikerinnen und Politiker zu stehen: Ehrlichkeit und Authentizität. Allzu oft scheint es bequemer, die drängenden Fragen der Jüngeren abzuwiegeln und sich der Auseinandersetzung durch eine Flucht in nur behauptete Erfahrung zu entziehen. Die GenZ wird uns damit aber nicht davonkommen lassen, stattdessen sollten wir ihr mit Neugier begegnen, sie aber auch konfrontieren und mit ihr streiten. Dann nehmen wir uns gegenseitig ernst und können voneinander lernen.

Bei der Lektüre wünsche ich nun Neugier und viel Freude!

Einleitung

Elisabeth Hoffmann

Die „Generation Greta“, wie sie auch genannt wird, könnte man auch „Generation soziales Gewissen“ nennen. Wie keine andere Generation zuvor, formulieren junge Menschen der Generation Z (14 bis 24 Jahre alt) deutlich ihre Wahrnehmung von Gerechtigkeit in Deutschland und der Welt. So merkwürdig es klingt: Ausgerechnet die „hippe“ Generation im Kapuzenshirt, die innerhalb weniger Minuten seitenlange Textnachrichten fehlerfrei ins Smartphone tippt und Jugendwörter nutzt, die Lebensältere sich erst einmal mühsam übersetzen müssen, pocht auf eine bürgernahe und bodenständige Politik, als deren Leitmotto soziale Gerechtigkeit verstanden werden kann. Der im Zusammenhang mit jungen Generationen manchmal verwendete Begriff der Selbstverliebtheit kann auch als Achtsamkeit verstanden werden – Achtsamkeit gegenüber sich selbst, gegenüber den Mitmenschen und der Umwelt mit ihren Ressourcen, die für das Leben unverzichtbar sind.

„Sozial und zugewandt“ – diese Überschrift wählt die *FAZ* in ihrer Rubrik „Jugend schreibt“ für die Beiträge von Schülerinnen und Schülern (7.3.2022, S.30). Die empirische Jugendforschung teilt diese Analyse und kommt zu dem Ergebnis, dass die Affinität zu Themen sozialer Gerechtigkeit junge Menschen auf der ganzen Welt verbinde. Das Menschen wie zum Beispiel in Ländern Afrikas und den Pazifikregionen wenig für den Klimawandel verantwortlich sind, aber dadurch existentiell

gefährdet sind, ist dabei nur ein Aspekt der von der jungen Generation unter dem Thema sozialer Gerechtigkeit wahrgenommen wird. Die eingeschränkte Teilhabe junger Menschen auf dem Land, eine zwar strukturell gegebene Bildungsgerechtigkeit, die aber Fördergräben zwischen Elternhäusern nicht ausgleicht, eine als unzulänglich wahrgenommene Berufsorientierung, Gender-Pay-Gap und Diskriminierung gehören für diese Generation ebenfalls zu Kernthemen sozialer Gerechtigkeit. Ein Schlüsselthema ist ihre Absicherung im Alter. Drei Viertel der 17- bis 27-Jährigen hat Angst, im Alter von Altersarmut betroffen zu sein. Wohneigentum sind für sie die bevorzugte Art der Altersvorsorge (41 Prozent), gefolgt von Aktiendepots (30 Prozent) und ETF-Depots (25 Prozent), so die *MetallRente Jugendstudie* (2022).

Die vorliegende Broschüre bietet einen Einblick in die aktuelle Wahrnehmung des Themas soziale Gerechtigkeit in der Christdemokratie. Die jeweiligen Beiträge sind als exemplarisch zu verstehen und als Ermutigung für eine Debatte.

Ein offenes Ohr für die Generation Z, die weltweit als die Generation mit einer Antenne für soziale Gerechtigkeit gilt, kann das soziale Profil der Christdemokratie stärken. Das erscheint umso wichtiger, da im Vorfeld der letzten Bundestagswahlen den Unionsparteien beim Thema soziale Gerechtigkeit lediglich von 15 Prozent der Bevölkerung die größere Kompetenz zugewiesen wurde, den Sozialdemokraten aber von 41 Prozent, sagt Matthias Jung, Mitglied des Vorstands der Forschungsgruppe Wahlen. Und weniger als ein Drittel (30 Prozent) der Jugend denkt, dass Deutschland bis 2050 sozial gerechter sein wird als heute, so die Studie „Hört uns zu!“ der Vodafone Stiftung Deutschland (2022).

Im Mittelpunkt steht der Text junger Autorinnen und Autoren der Generation Z. „Was

bedeutet soziale Gerechtigkeit für Sie?“ lautete die Frage an die jungen Menschen, die in drei Workshops erörtert wurde. Der auf dieser Grundlage formulierte Text ist ein „O-Ton“ junger Menschen in Deutschland. Auszubildende, junge Menschen im Praktikum oder Studierende, aus Großstädten oder aus ländlich abgelegenen Gebieten kommen zu Wort. Susanne Nowak, Bundesreferentin IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit, zeigt in ihrem Beitrag die Heterogenität der Jugend in Deutschland und macht deutlich, dass insbesondere sozial oder individuell beeinträchtigte junge Menschen auf Rahmenbedingungen angewiesen sind, die die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ermöglichen. Flankierend skizzieren Gernot C. Nahrung, Bundesvorsitzender der Jungen CDA und Marc Speicher MdL zentrale Aspekte für das Konzept einer Politik der sozialen Gerechtigkeit. Ein Interview mit dem Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, Daniel Günther MdL, zeigt konkrete Maßnahmen einer Politik der sozialen Gerechtigkeit auf. Es ist die ganz junge Generation, die auf die Stärkung der christlich-sozialen Wurzeln der Union und eine starke Orientierung am Allgemeinwohl aufmerksam macht. Jeder Mensch besitzt den gleichen Wert – ungeachtet von Fähigkeiten, sexueller Orientierung und Herkunft – so lautet ihre Übersetzung der christlichen Botschaft von der Kostbarkeit aber auch Verletzlichkeit menschlicher Geschöpfe und der Schöpfung. Soziale Gerechtigkeit ist ein Entwurf für das Zusammenleben von Menschen, der nicht nur für die christliche, sondern auch für andere Religionen eine Rolle spielt. Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, die pragmatisch die konkreten Bedürfnisse von jungen Menschen in den Blick nimmt, kann das „C“ im Selbstverständnis der Christdemokratie betonen und gleichzeitig Angehörige nichtchristlicher Religionen, die in Deutschland leben, ansprechen.

Soziale Gerechtigkeit aus dem Blickwinkel der Generation Z

Elisabeth Hoffmann in Zusammenarbeit mit
Benjamin Anders, Fabian Götsch, Marvin Grabowski, Yannik Heidbüchel, Max Hinrichsen, Benedikt Jäger, Noem Kissmehl, Natalie Klauser, Lukas Nantke, Martha Nowakowski, Sophia Richter, Cedric Röhrich, Carolin Unger, Katrin Weis, Lena Wiegand, Sean Zielinski

Soziale Gerechtigkeit ist für uns das größte Querschnittsthema

Für unsere Generation ist soziale Gerechtigkeit mit Themen verknüpft, die unser Leben entscheidend prägen, zum Beispiel Bildung, Klimawandel, Geschlechtergerechtigkeit, Sicherheit vor Existenzverlust, Berufsorientierung und Arbeitsbedingungen.

Soziale Gerechtigkeit ist in unserer Generation kein Begriff mehr, der einem bestimmten politischen Milieu zuzuordnen oder gar vorbelastet ist. Soziale Gerechtigkeit berührt uns alle. In Zeiten schwindender Strukturen, erhöhter Unsicherheiten und einer wahrzunehmenden Spaltung der Gesellschaft in arme und reiche, privilegierte und benachteiligte Menschen, geht uns soziale Gerechtigkeit oder viel mehr Ungerechtigkeit alle an und ist Teil unseres Alltags.

Zum Glück wurden wir in Deutschland geboren und dürfen hier aufwachsen. Dennoch gibt es unter uns die Erfahrung, dass soziale Gerechtigkeit auch in einem vorbildlichen Land wie Deutschland nicht ausreichend gegeben ist, auch nicht im Jahr 2022. Die Herkunft, der Konto- und Bildungsstand der Eltern, der Wohnort beziehungsweise das Bundesland und die Hautfarbe bestimmen auch in diesem privilegierten Land mit über die Zukunftschancen junger Menschen. Junge Menschen, die mit einem starken sozioökonomischen Status der Eltern nicht punkten können, fühlen sich in Deutschland oft nicht abgeholt. Nach dem *Social Justice Index* (2019) belegt Deutschland in puncto sozialer Gerechtigkeit den zehnten Platz von insgesamt 41 Staaten der EU- und OECD-Mitgliedstaaten, die in dem Ranking repräsentiert sind (auf den ersten Plätzen befinden sich die Länder Skandinaviens, die Niederlande und Neuseeland, auf Platz elf Großbritannien).

Die Folgen der Pandemie treffen besonders sozial benachteiligte Menschen

Nunmehr im dritten Jahr begleitet uns die Corona-Pandemie mit Maßnahmen, die unser aller Leben zum Teil gravierend beeinträchtigen. Es sind vor allem auch die sozial Benachteiligten, die in besonderem Umfang betroffen sind. Die Pandemie wirkt als Katalysator für eine Vielzahl bereits vorhandener Problemstellungen – insbesondere für die junge Generation. Ein Beispiel ist die Teilnahme junger Menschen am digitalen Schulunterricht. Schülerinnen und Schüler, die zu Hause keinen ruhigen Platz zum Arbeiten haben, deren Eltern sich nicht um stabile WLAN-Verbindungen und funktionierende Laptops kümmern oder das Homeschooling anleiten, sind klar im Nachteil. Die Verbesserung der Digitalisierung im Bildungsbereich, die auch ein Stück Unabhängigkeit vom Elternhaus bedeutet, ist zu einer der zentralen Voraussetzungen für soziale Gerechtigkeit geworden.

Formale Bildungswege gleichen Fördergräben zwischen Elternhäusern nicht aus

Eng mit sozialer Gerechtigkeit verknüpft ist alles, was mit Bildungswegen zu tun hat. Hier sind Verbesserungen absolute Priorität und ausschlaggebend dafür, dass mehr Menschen in Deutschland die Chance auf ein gerechtes Leben haben. Zwar gibt es in Deutschland formal für alle Kinder die gleichen Chancen, aber strukturelle Durchlässigkeit allein funktioniert oft faktisch nicht, die soziale Mobilität in Deutschland ist derzeit nicht sehr hoch. Laut *Hochschulbildungsreport* (2020) erwerben nur halb so viele Nichtakademiker- wie Akademikerkinder eine Hochschulzugangsberechtigung, und auch danach greife eine „soziale Selektion“, so der Report. Die Realität zeigt, dass die in Deutschland gegebene

formale und strukturelle Bildungsdurchlässigkeit und auch die bestehenden Fördermaßnahmen in Kitas nicht ausreichen, wenn Kinder in Elternhäuser mit geringer formaler Bildung, unbewältigten kulturellen oder sozialen Problemen hinein geboren werden. Vor allem muss es viel mehr individuelle Förderangebote geben. Sozial gerecht ist, wenn im Bedarfsfall in Bildungsinstitutionen zum frühestmöglichen Zeitpunkt Förderung beginnt, die auch junge Eltern mit einbezieht. Dafür benötigen wir multiprofessionelle Teams, vor allem auch aus den Bereichen Gesundheit und Sozialarbeit. Keinesfalls dürfen diese komplexen Aufgaben auf das pädagogische Bordpersonal in Kitas und allgemeinbildenden Schulen abgewälzt werden, denn sie bewältigen bereits genug Aufgaben. Die Ergänzung schulischer Angebote durch außerschulische Aktivitäten, zum Beispiel in Sportvereinen oder Jugendzentren, finden wir sinnvoll. Aber auch die hierfür notwendige Koordination ist eine eigenständige Aufgabe in Schulen und sollte nicht „als kleine Zusatzaufgabe“ für das Kernpersonal der Bildung, Lehrerinnen und Lehrer, verstanden werden.

Für uns hängen Qualität von allgemeinbildenden Schulen und soziale Gerechtigkeit eng zusammen. Bildungsgerechtigkeit ist eine wichtige Basis, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Warum kann man den Eindruck haben, dass einige Bundesländer ein anspruchsvolleres Abitur haben als andere? Das verhindert Chancengerechtigkeit, denn beim bundesweiten Numerus Clausus gewinnen letztlich diejenigen mit weniger anspruchsvollem Abitur. Auch haben Schülerinnen und Schüler von Hauptschulen auf viele Ausbildungsplätze keine Chance. Über ein Viertel der Studierenden (27 Prozent der Bachelor-Studierenden, Statista 2020) brechen das Studium ab.

Unserer Meinung nach bedarf es verbindlicher Mindeststandards an allgemeinbildenden

Schulen, die besser auf die Anforderungen einer Ausbildung oder eines Studiums vorbereiten.

Chancengerechtigkeit 2021: Gender-Pay-Gap und Altersarmut

Frauen machen 50 Prozent der Bevölkerung aus, doch sind sie in vielen Bereichen immer noch schlechter gestellt als Männer. Bei gleicher Qualifikation, gleicher Tätigkeit, gleichem Alter und gleicher Wochenarbeitszeit verdienen Frauen derzeit im Schnitt immer noch sechs Prozent weniger als Männer. Alleinerziehende Elternteile, von denen 88 Prozent Frauen sind, haben ein wesentlich größeres Risiko der Einkommens- und Altersarmut. Laut der Bertelsmann-Stiftung (2021) gelten 43 Prozent der Familien mit einem Elternteil als einkommensarm, bei Paarfamilien liegt dieser Anteil zwischen neun Prozent (ein Kind) und 31 Prozent (drei Kinder).

Frauen tragen immer noch den Löwenanteil von Kindererziehung und Haushalt. Wir brauchen ein gesamtgesellschaftliches Umdenken, das Männer ebenso in der Pflicht für Haushalt und Kindererziehung sieht wie Frauen. Flexiblere Arbeitsmöglichkeiten sollten nach Corona beibehalten und weiterentwickelt werden. Sie erweisen sich als Erleichterung, besonders dann, wenn beide Eltern in Vollzeit arbeiten. Ungerecht ist auch, dass Väter, die für ihr Kind berufliche Auszeiten nehmen, oft mit viel mehr Akzeptanzproblemen zu kämpfen haben als Mütter. Die Gesellschaft braucht mutige Vordenkerinnen und Vordenker sowie positive Beispiele in den Führungsetagen. Die Chancen dafür stehen gut. Für viele unserer Generation ist gute Arbeit nicht mehr nur mit einem hohen, sicheren Gehalt verknüpft, sondern auch mit Sinnerfüllung und einer gelingenden Work-Life-Balance.

LGBTQI*: Soziale Gerechtigkeit ist Diskriminierungsfreiheit

Die Generation Z setzt sich mehr als jede andere Generation vor ihr offen mit sexuellen und geschlechtlichen Identitäten auseinander und empfindet Vielfalt mehrheitlich als bereichernd. Politisch ist mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare schon ein Fortschritt erreicht worden, doch queere junge Menschen sammeln in Schule, Beruf und Öffentlichkeit nicht selten Diskriminierungserfahrungen. In Deutschland fühlen sich laut Statista (2021) sechs Prozent der Bevölkerung der LGBTQI*-Community zugehörig. Viele der Generation Z verstehen sich als deren Verbündete, wünschen ein Klima der Aufgeklärtheit und Offenheit.

Diskriminierung von BIPoC (Black, Indigenous, and People of Color)

In Deutschland haben 27,2 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Diese Vielfalt wird in den meisten deutschen konventionellen Medien allerdings nicht repräsentiert. Insbesondere schwarze Menschen sind im Arbeitsalltag, in der Schule und im privaten Umfeld häufig Diskriminierungen ausgesetzt und werden mit Vorurteilen konfrontiert. Die Generation Z setzt sich zum Beispiel in der Black-Lives-Matter-Bewegung dafür ein, dass diese Ungerechtigkeit abgebaut und auch in sozialen Medien Diversität stärker abgebildet wird.

Soziale-Gerechtigkeits-Aspekte des Klimawandels

Soziale Härten und Ungerechtigkeiten entstehen auch durch die Folgen des Klimawandels. Menschen verlieren ihre beruflichen

Existenzgrundlagen, ihre Häuser durch Fluten und Feuer, gerade an Orten, die wenig dafür verantwortlich sind, aber den Klimawandel extrem zu spüren bekommen. Betroffen sind vor allem die Länder Afrikas und der Pazifikregionen, die nur wenig Emissionen freisetzen.

Durch den Klimawandel werden sowohl global als auch national bereits bestehende soziale Ungerechtigkeiten verschärft. Die Bewältigung des Klimawandels darf nicht zu Lasten von Normal- und Geringverdienenden gehen. Autos, die mit alternativen Energien betrieben werden, Niedrigenergiehäuser, die Sanierung von Altbauten oder Biofleisch können sich Menschen mit genug Geld leisten, ohne dafür auf anderes verzichten zu müssen. Da es momentan noch keinen Gebrauchtwagenhandel mit E-Mobilität gibt, kann der Kauf eines energieeffizienten Lieferwagens einen Kleinbetrieb in den Ruin treiben. Wie sollen die „kleinen Leute“ alle Auflagen auf einmal finanzieren? Wir benötigen zuverlässige Übergangslösungen, die soziale Härten abfedern, besonders für nicht wohlhabende Privatleute und für Kleinunternehmen. Es ist wichtig, alle Menschen beim Thema Klimawandel mitzunehmen.

Soziale Teilhabe durch ÖPNV-Mobilität ist auf dem Land de facto oft nicht möglich

Mobilität auf dem Land und in der Stadt ist ebenfalls ein Thema sozialer Gerechtigkeit. Mobilität bedeutet soziale Teilhabe. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass die Verkehrsanbindung in vielen ländlich abgelegenen Gebieten schlecht ist. Vor allem junge Menschen stellen sich häufig die Frage: „Wie komme ich dahin?“. Nicht selten ist der Weg zur Musikschule oder dem Sportverein schon eine Herausforderung. In der Stadt ein Luxusgut, ist man ohne Auto auf dem Land, zum Beispiel in vielen Gegenden Brandenburgs oder des Saarlandes, oft vom sozialen Leben abgeschnitten.

Häufig müssen für Besorgungen des täglichen Bedarfs wie Einkäufe oder Arztbesuche vergleichsweise lange Strecken zurückgelegt werden, was für die Betroffenen zeitliche und auch finanzielle Nachteile bedeutet. Das muss bei der Erhöhung von Kraftstoffpreisen für eine Übergangszeit berücksichtigt werden, zum Beispiel durch eine Klimadividende. Gerade in wirtschaftsschwachen Regionen wie dem ländlichen Raum ist das aktuell ein wichtiges Thema.

Das eigene Fahrzeug ist ein Meilenstein im Leben der Generation Z auf dem Land. Hinzu kommt, dass der Konkurrenzkampf um Wohnraum gerade junge Familien zwingt, in ländlichere Gegenden zu ziehen. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln erst das Kind zur Kita zu bringen, um anschließend zur Arbeitsstelle zu fahren – und danach in umgekehrter Reihenfolge – bedarf einer besonders robusten Konstitution aller Beteiligten und ist faktisch oft nicht möglich. Dabei möchten nicht wenige junge Menschen auf dem Land leben. Voraussetzung aber sind eine gute Infrastruktur und attraktive Ausbildungs-, auch Studien- und Arbeitsplätze. Hier sind innovative politische Ansätze wichtig.

Krasse soziale Ungerechtigkeit: Wohneigentum

Die eigene Wohnung ist für die allermeisten von uns ein Traum. Den Begriff Traum haben wir sorgfältig gewählt, denn Wohneigentum bedeutet für uns die Möglichkeit eines guten, sicheren Lebens heute und im Alter, auch wenn uns bewusst ist, dass die Verwirklichung dieses Traumes für die meisten von uns nahezu unmöglich sein wird. In puncto Wohneigentum herrscht in Deutschland im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn eine große Ungerechtigkeit, selbst für Gutverdienende. Wenn junge Menschen von ihrem Elternhaus kein Geld geschenkt bekommen oder als Erbe erhalten, ist Wohneigentum für die meisten von uns nicht realistisch. Das Versprechen des

Leistungsprinzips lässt sich hier nicht erfüllen. Auf dem Markt kursieren unerschwingliche Preise und junge Menschen erhalten von Banken nur schwer Kredite. Besonders junge Familien finden noch nicht einmal in den Speckgürteln attraktiver Städte, geschweige denn in attraktiven Städten (mit gutem Arbeitsplatzangebot), bezahlbaren Wohnraum, schon gar nicht in Form von Wohneigentum. Dabei benötigen junge Familien Platz, sie sollten im Fokus einer verbesserten Förderung selbstgenutzten Wohneigentums stehen. Sozialen Wohnungsbau zu fördern ist verständlicherweise für fast alle Parteien ein Anliegen, aber wir selbst möchten unser Geld möglichst nicht „in der Miete verbrennen" – das würden fast alle aus unserer Generation unterschreiben. Als Altersvorsorge ist selbstgenutztes Wohneigentum für Familien unschlagbar, denn für Menschen mit Kindern bleibt oft kein Geld für private Altersvorsorge übrig. Förderung im Wohneigentumsbereich ist Hilfe zur Selbsthilfe.

In der Berufs- und Arbeitswelt kumulieren Soziale-Gerechtigkeits-Themen

„Booster" für Berufsorientierung

Via Peergruppe und auch medial vermittelt, herrscht in unserer Generation oft das Bild, ohne Abitur und Studium nicht erfolgreich sein zu können. Nichtakademischen Berufen fehlt in massiver Weise die Wertschätzung, die ihrem Niveau und der Wichtigkeit für unsere Gesellschaft entspricht. Dabei geraten nicht wenige von uns stark unter Druck, wenn sie ein Studium abbrechen müssen oder mit einem Hochschulabschluss keinen adäquaten Job finden. Andere verlieren bei der Informationsüberflutung die Orientierung, viele von uns haben auch kurz vor dem Schulabschluss noch keine Idee für einen Berufsweg. Eine ambitionierte Berufsorientierung, die auch die Karrieremöglichkeiten mit einer dualen oder schulischen Ausbildung umfassend kennt, bedeutet für uns, gerade auch wenn Eltern nicht fördern oder teure Coaches bezahlen können, soziale

Chancengerechtigkeit. In Corona-Zeiten fehlen Praktika, Ausbildungsmessen und andere Möglichkeiten, um mit der Berufswelt Kontakt aufzunehmen. Deshalb ist eine schnelle Weiterentwicklung der Berufsorientierung umso wichtiger für unsere Generation.

Berufswelt: Hohe Erwartungen

Ja, es stimmt: Wir haben höhere Erwartungen an Unternehmen und Arbeitgebende, wir suchen im Beruf Sinnerfüllung, Weiterentwicklung, eine gute Bezahlung und eine echte Work-Life-Balance. Gleichzeitig sind auch die Ansprüche der Arbeitswelt an uns gewachsen: Mobilität, Scheinselbständigkeit, unbezahlte Überstunden, Projektarbeit, sachgrundlose Befristungen gehören dazu. Was ist mit denen, die nicht auf ein familiäres oder soziales Unterstützungsnetzwerk zählen können, das Krisen und Härten (mental oder finanziell) abfedert? Diese Frage möchten wir in die Politik tragen.

Wie viel ist Arbeit wert?

Selbst qualifizierte Ausbildungsberufe, zum Beispiel im Handwerk oder der Gastronomie, konkurrieren in der Entlohnung mit Sozialleistungssätzen. Es ist nicht akzeptabel, dass Menschen voll arbeiten und davon nicht angemessen leben können. Und wenn wir weiterdenken: Wie sieht die Altersversorgung einer Kellnerin oder eines Friseurs aus? Wir fragen uns, ob Löhne, die es einem Menschen nicht ermöglichen, eine angemessene Altersvorsorge aufzubauen, sodass über Transferleistungen die Steuerzahlenden dafür aufkommen müssen, wirklich eine sinnvolle Lösung sind.

Fällt nicht leicht, ist aber notwendig: Konsumgewohnheiten ändern

Auch wir in Deutschland leben auf Kosten anderer Länder und Menschen, indem wir von Kinderarbeit und anderen Verletzungen von Arbeitsrechten profitieren. Wir wollen nichts konsumieren, was durch die massive Ver-

letzung von Menschen- und Grundrechten produziert wurde, auch wenn es zugegebenermaßen den meisten von uns nicht leicht fällt, alte Konsumgewohnheiten aufzugeben.

Unsere Generation gibt Themen sozialer Gerechtigkeit ein Gesicht

Besonders auf den jungen, videoaffinen Plattformen sozialer Medien, allen voran TikTok und Instagram (mit Reels), sind Themen sozialer Gerechtigkeit omnipräsent. Indem wir uns selbst mit der Authentizität unserer Alltagserfahrungen zeigen, geben wir Themen der sozialen Gerechtigkeit ein Gesicht – und können Aufmerksamkeit wecken, anstatt die vielen sozialen Probleme unseres Lebens im stillen Kämmerlein hin und her zu wälzen.

Generation Z: Themen – Haltung – Pragmatismus

Die Generation Z zeigt Haltung und klare Meinungen, Weichgespültes kommt bei den meisten von uns nicht gut an. Im Umkreis der Union brauchen wir mehr Mut, mehr konstruktive Debatte, klare Positionen und ehrliche Auseinandersetzungen. Wer es als aktive Politikerin, als aktiver Politiker nicht aushält, eine eigene Meinung zu bilden und für diese einzustehen, hat den Beruf verfehlt. Die Jugend auf TikTok ist mutig und nimmt für das Formulieren der eigenen Meinung die Konfrontation mit Hassrede in Kauf. Junge Menschen im Umfeld der Union vertreten die politische Mitte, die pragmatische, sozial gerechte politische Lösungen wünscht, die fernab von Ideologien auf den Alltag aller Menschen in Deutschland eingehen.

Politik ohne „Gähnfaktor“?

Themen der sozialen Gerechtigkeit eignen sich besonders für die Darstellung auf TikTok und Instagram Reels, weil sie eine hohe emotionale Komponente haben. Emotionen sind das, worauf diese Apps zielen und die User möchten vor allem auch unterhalten werden. Das

ist kein Widerspruch zu politischen Themen, die tatsächlich kurzweilig sein können, wie es viele Videos der Plattformen beweisen. Aber die Grenze zwischen solider Fakteninformation und Desinformation verschwimmt auf den angesagten Plattformen allzu oft. Hier geht die Kritik an unsere eigene Generation: Wir müssen aktiver werden und die Soziale-Gerechtigkeits-Perspektive der jungen Mitte vertreten. Auch weil die Inhalte, besonders auf TikTok, in ihrer Breite eher dem (links-)liberalen Spektrum zuzuordnen und für die ganz junge Zielgruppe sehr attraktiv sind. Im Umfeld der Union gibt es sicher mehr Berührungsängste und auch ein Fremdeln mit den kulturellen und ästhetischen Trends der Generation Z, von denen gerade TikTok lebt und die wesentlich für eine hohe Viewer-Zahl sind. Tanz- und „Lipsync"-Videos sollen politisch informieren? Werden Seriosität und Ernsthaftigkeit aufgegeben? Die Befürchtung, dass Inhalte bei einem Video von maximal 60 Sekunden nur verkürzt wiedergegeben werden, stimmt, lässt aber die Logik der Plattformen außer Acht. Der Content kann auch als eine erste Kontaktaufnahme verstanden werden, die zu weiteren inhaltlichen Auseinandersetzungen einlädt. Das ist eine niedrigschwellige Form politischer Bildung.

Wir sind auf den sozialen Medien aktiv. Zwar wirkt die Pandemie auch hier als Katalysator, Fakt ist aber: An sozialen Medien kommt man kaum vorbei, wenn man mit der Peergroup in Deutschland und weltweit in Kontakt bleiben will. Aber wir kämpfen auch mit den negativen Aspekten – allen voran der tägliche Vergleich mit anderen – die sich beruflich, finanziell und vom Aussehen her in die Welt der „Reichen und Schönen" einordnen. Es fällt normalen Jugendlichen manchmal schwer, sich nicht als Verliererinnen und Verlierer zu sehen und man beginnt, Ungerechtigkeiten wahrzunehmen, wo keine sind.



Erwartungen der Generation Z an eine gerechte Transformation der Wirtschaft

Marc Speicher MdL

Die Transformation der Wirtschaft vollzieht sich nicht erst seit heute. Seit Beginn der Industrialisierung hat sich unsere Wirtschaft vielfach transformiert. Der technologische Fortschritt und die Entwicklung neuer Zukunftstechnologien sind Prozesse, die uns durch alle Epochen der Wirtschaftsgeschichte begleiten. Technologischer Fortschritt ist ein Treiber für Wachstum und Wohlstand, dies haben bereits Generationen vor uns erkannt.

KI unterstützt Menschen in ihrem Alltag und in ihrem Wunsch nach Individualität

Mit der Industrie 4.0 hat die vierte Revolution die Industrielandschaft erreicht und damit befinden wir uns auf einer fortgeschrittenen Stufe der Entwicklung, einer neuen technologischen Transformation. Es ist eine Transformation, die die Interaktion zwischen Mensch, Maschine und Produkt beinhaltet. Ein Wandel mit hohen Digitalisierungsstandards, ein Wandel fortgeschrittener Vernetzung, der in seinem Voranschreiten nicht mehr aufzuhalten ist und den es zu unterstützen gilt. Längst begleiten uns Themen wie Automatisierungstechnologien und intelligente, vernetzte, digitale Prozesse. Künstliche Intelligenz (KI) und lernende Systeme prägen unseren Alltag schon heute. Wir steuern auf eine zunehmend stärker individualisierte Welt zu, in der wir effizienter und flexibler unseren Alltag gestalten, gestützt und optimiert durch digitale Alltagsbegleiter, wie beispielsweise Fahrassistenzsysteme oder autonomes Fahren. In vielen Bereichen werden wir bereits durch Assistenzsysteme oder vielmehr durch Robotermobilität unterstützt. Die Digitalisierung ist nicht nur bei uns zu Hause in Form von Smart Homes und des interaktiven Staubsaugerroboters angekommen, sondern vielerorts verrichten Mensch und Roboter gemeinsam, Seite an Seite, ihre Arbeit.

Mensch und Roboter als Team

Arbeitsplatz-Sharing 4.0 wird derart ausgestaltet sein, dass der Mensch neben vollautomatisierten Robotern, ob in der Automobilindustrie oder in der Medizin- und Gesundheitstechnik, seine Fachkräftetätigkeit ausübt. Diese technologischen Fortschritte und Errungenschaften bedingen einen Umbau der Industrielandschaft. Beispielsweise finden wir im Saarland mittlerweile einen hochmodernen Industriestandort vor. Die Bruttowertschöpfung im Bereich der Industrie liegt hier weit über dem Bundesdurchschnitt. Ihren Beitrag vor Ort leisten hochspezialisierte und moderne Unternehmen aus dem Bereich der Automobil- und Stahlindustrie. Die Transformation der Wirtschaft ist dabei ein wichtiges Unterfangen, das dazu beitragen soll, auch zukünftig 26 Prozent der Bruttowertschöpfung im Saarland durch Industrieunternehmen zu generieren.

Generation Z bringt mit, was die neue Arbeitswelt benötigt

Die Industriepolitik eines sich transformierenden Wirtschaftsbereichs muss den Menschen im Mittelpunkt sehen. Mit der Generation Z wird künftig eine Generation von Arbeitnehmenden zur Verfügung stehen, die hochmotiviert und sehr leistungsbereit ist.[1] Christian Scholz charakterisiert die Generation Z mit dem Zitat „Freiheit durch Motivation“. Darin impliziert er fünf Kernaspekte, die diese Generation auszeichnen. Neben der hohen Leistungsbereitschaft und der hohen Technologiekompetenz konstatiert er den Aspekt der räumlichen Unabhängigkeit und die fließenden Übergänge zwischen Beruf und Privatleben, die diese Generation prägen. In Verbindung mit den Auswirkungen des demografischen Wandels mangelt es an Fachkräften. Die Zuwanderung kann die Lücken nur langsam schließen. Gut ausgebildete Fachkräfte treten ihren künftigen Arbeitgebern selbstbewusst

gegenüber auf und setzen die Intention eines selbstbestimmten Arbeitens mit ausreichend Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten um.[2] Diese gesellschaftlichen Entwicklungen in Verbindung mit der Revolution der Industrie oder der Transformation der Wirtschaft stellen uns vor ganz besondere Herausforderungen.

Industrie: Lebensader der Wirtschaft

Der Erhalt und die Stärkung der Industrie spielen bundesweit eine wichtige Rolle. Die Industrie gilt als Ausgangspunkt für Wertschöpfung. Beispielsweise ist die Metallindustrie deutschlandweit eine der wichtigsten Industriebereiche der Grundstoffindustrie und Vorbereiter für viele nachgelagerte Industriezweige oder Dienstleistungen. Im Saarland ist die Industrie die „Lebensader" der Wirtschaft, so das saarländische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, deren Transformation aktiv und modern, mit einer marktwirtschaftlich ausgerichteten Industriepolitik zu unterstützen ist.

Mit Partizipationsmöglichkeiten Digital Natives gewinnen

Die gesellschaftspolitischen Entwicklungen mit den Transformationszyklen der Wirtschaft zu vereinbaren, stellt uns vor große Herausforderungen. Wir begegnen diesen mit modernen Partizipationsmöglichkeiten. Die Mitbestimmung in Unternehmen ist ein wichtiges Instrument. Arbeitnehmende, die an der Wertschöpfung im Unternehmen aktiv partizipieren, sind produktiver, denken agiler und setzen ihr Wissen zielgerichteter in den verschiedenen Unternehmensbereichen ein. Transformationspotenziale, die mit Blick auf den Digitalisierungsgrad der einzelnen Transformationsbereiche im Unternehmen entstehen, können durch hoch technologieaffine Fachkräfte realisiert werden. Die Partizipation am Unternehmenserfolg ist Teil und Ausdruck

eines partnerschaftlichen Arbeitens im Unternehmen und unterstützt das Verständnis von flachen Hierarchien, das sich lediglich im Ausdruck von Kompetenzunterschieden manifestiert.[3] Das Ziel von Arbeitnehmenden der Generation Z ist eine sinnerfüllte Arbeit, die der persönlichen Weiterentwicklung dient und sich mit den Tendenzen zur Selbstentfaltung vereinbaren lässt.[4] In den Hintergrund rückt der reine Verdienst zur Sicherung des Lebensunterhalts. Er wird überlagert durch die Wahrnehmung der aktiven Gestaltungsspielräume im Bereich der Mitbestimmung und Beteiligung am Kapital sowie der Wertschöpfung des Unternehmens selbst.

Die Technologieaffinität dieser Generation ist den technologischen Entwicklungen in der Industrie in höchstem Maße zuträglich. Die Entwicklung von der Automatisierungsindustrie hin zur technologischen Vernetzung der einzelnen Produktionsbereiche und der Verknüpfung von Kommunikationstechnologien mit Bereichen der Informationstechnik kann durch partizipative Anreize unterstützt und beschleunigt werden. Der gezielte Einsatz von intelligenten Steuerungssystemen setzt Optimierungspotenziale frei, die aktiv genutzt werden können.

Arbeit ist für die Generation Z mehr als Broterwerb

Die Mitbestimmung der Fachkräfte in den Unternehmen und die Beteiligung am Kapital sind zwei wesentliche Faktoren, die im Zuge des Transformationsprozesses der Wirtschaft Beachtung finden sollten. Die Mitbestimmung in organisierten Arbeitnehmerstrukturen und -vertretungen in den Unternehmen ist der Generation Z wichtig und unterstützt den Aspekt der Selbstbestimmtheit und Selbstverwirklichung im Unternehmen. Die Mitgestaltung der Arbeitsbedingungen in der Industrie, die Unterstützung der Tarifverhandlungen in Bezug auf faire Löhne, sind ihnen ebenfalls

wichtig. Die Strahlkraft und die Effekte in den Bereichen des Gemeinwesens, die für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt von Bedeutung sind, profitieren deutlich vom Engagement dieser Generation.

Arbeitsplätze in der Industrie passen zu den Erwartungen der jungen Generation und sollten dort stärker beworben werden

Insbesondere die guten, sicheren und fairen Arbeitsbedingungen in der Industrie, in Kombination mit dem überdurchschnittlichen Entwicklungspotenzial als Teilnehmende und Mitgestaltende dieses Transformationsprozesses, machen es der jungen Generation möglich, sich im industriellen Umfeld wiederzufinden. Um die Technologiekompetenz der „Zler" optimal in Einklang mit den Transformationsbedürfnissen zu bringen, ist die Qualifizierung der Beschäftigten eine der wesentlichen Aufgaben der kommenden Jahrzehnte. Aufgrund des demografischen Wandels kann eine Transformation der Wirtschaft – das Projekt Industrie 4.0 – nur durch die permanente Gewinnung neuer Fachkräfte durch Zuwanderung oder durch Aus-, Fort- und Weiterbildung in den zukunftsträchtigen Wirtschafts- und Industriezweigen gelingen. Für das Saarland ist eine Sicherung des Industriestandorts eng mit dem Gelingen des Strukturwandels verbunden. Innovative Konzepte und eine in die Zukunft gerichtete Industriepolitik sind zugleich Treiber und Leitlinie einer sich transformierenden Wirtschaft, bei der der Mensch, die Arbeitnehmenden, die Fachkraft im Mittelpunkt steht. Unterstützen wir die Transformation der Wirtschaft, so investieren wir in unsere Zukunft. In die Zukunft kommender Generationen, die vom technologischen Wandel und der Digitalisierung stark profitieren werden.

1 Vgl. Scholz, Christian (2014*): Generation Z. Wie sie tickt, was sie verändert und warum sie uns alle ansteckt*. Weinheim: Wiley-VCH.

2 Vgl. Hoffmann, Elisabeth (2020): *Generation friedliche Revolution*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

3 Vgl. Mörstedt, Antje-Britta (2019): *Generation Z kennt keine Hierarchien*. In: *RP Online* vom 28.2.2018. Online unter: https://rp-online.de/nrw/staedte/leverkusen/generation-z-kennt-keine-hierarchien_aid-18986399 (letzter Zugriff am 02.06.2022).

4 Vgl. Hoffmann, Elisabeth, a.a.O.



Ausblick: Das soziale Profil der Christdemokratie – nicht „irgendwie links“, sondern christlich-sozial

Gernot C. Nahrung, Bundesvorsitzender der
Jungen Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft

Die Bundestagswahl 2021 ist ein Weckruf

Als am Abend des 26. Septembers 2021 klar wurde, dass CDU und CSU die Bundestagswahl verloren hatten, stellte sich die Frage: „Woran hat es gelegen?“

Ja, woran hat es gelegen? Es gibt sicherlich eine Reihe von Gründen, aber immer wieder wird als eine Ursache die programmatische Entkernung der CDU benannt und dabei insbesondere ein fehlendes soziales Profil.

Zwar ist diese Diagnose für ein Mitglied der CDA keine Überraschung, weisen die Sozialausschüsse der CDU doch seit Jahren darauf hin, dass es mitunter nicht einfach ist, eine aus einem christlich-sozialen Verständnis abgeleitete Sozialpolitik in der Partei umzusetzen.

Insofern hat die verlorene Bundestagswahl bislang wie ein Weckruf gewirkt – auch ein „Mann der Wirtschaft“, wie der neue Parteivorsitzende Friedrich Merz, räumt dem sozialen Profil bei der Erneuerung der CDU einen besonderen Stellenwert ein.

Kommunikation mit der Generation Z (14 bis 24 Jahre alt) muss neu gedacht werden

Neben der inhaltlichen Erneuerung muss auch die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern neu gedacht werden, vor allem mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Union hat zwar in allen Bevölkerungsschichten an Zustimmung verloren, besonders bitter waren die Ergebnisse aber bei den unter 30-Jährigen: Hier lag der Stimmanteil 2013 noch bei 34 Prozent, 2021 nur noch bei elf Prozent – ein historischer Tiefstand. Stärkste Kraft in der jungen Altersklasse wurde die FDP, was – positiv betrachtet – zumindest mit dem Mythos

aufräumt, die jüngere Generation würde insgesamt „links ticken“.

Jetzt bietet sich die Möglichkeit, ein neues soziales Profil und die Ansprache von jungen Menschen zu kombinieren. Mit dem Projekt „Generation Z und soziale Gerechtigkeit“ haben die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Junge Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (JCDA) genau diesen Versuch unternommen.

Für die Generation Z ist „Soziale Gerechtigkeit“ ein Top-Thema

Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass für Jugendliche die Fragen sozialer Gerechtigkeit eine hohe Relevanz haben, die sie auch in den für sie natürlichen Kommunikationsräumen sozialer Medien (TikTok, Instagram) diskutieren. Aus bisherigen Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung und der JCDA wurde deutlich, dass das Verständnis von sozialer Gerechtigkeit bei den Jugendlichen sehr breit gefasst ist und mehrere Politikfelder umfasst.

Als Thema der sozialen Gerechtigkeit wird der Einsatz für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft verstanden. Verbunden wird dies mit dem Einsatz für Bildungsgerechtigkeit und gleichen Aufstiegschancen für alle, unabhängig von Herkunft, sexueller Orientierung, Geschlecht oder Abstammung.

Es werden aber auch klassische soziale Fragen benannt, etwa die einer fairen Arbeitswelt, in der Menschen von ihrer Arbeit leben können müssen. Genannt werden auch eine fehlende Wertschätzung für Ausbildungsberufe, ungerechte Entlohnung und Lohndumping sowie schlechte Arbeitsbedingungen und Risiken hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherheit und der späteren Rente.

Auch das Thema Wohnen und insbesondere Wohneigentum ist für junge Menschen schon

früh äußerst wichtig. Selbst bei den unter 23-Jährigen gibt es das beklemmende Gefühl, dass der Traum vom Eigenheim sich nur noch durch ein Erbe realisieren lässt, was zu neuen Ungerechtigkeiten führt. Hohe Mieten und teure Baugrundstücke beziehungsweise hohe Wohnungs- und Sanierungspreise sind vor allem in dieser Kombination bei der Familiengründung ein großes Problem. Hier machen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Workshops konkrete Sorgen um ihre nahe Zukunft.

Aber auch die Ungleichheit auf globaler Ebene wird kritisch reflektiert: Unter dem Klimawandel leiden ärmere Länder stärker als die Industrienationen. Und auch die Organisation von globalen Lieferketten sowie die Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern in der Produktion von Waren für den westlichen Markt wird als ungerecht betrachtet.

Einsatz für eine gerechte Gesellschaft entspricht dem christlichen Menschenbild

Die Entwicklung eines sozialen Profils, die Adressierung von sozialen Problemen, von Ungerechtigkeiten, der Einsatz für eine gerechte Gesellschaft und die Schwächeren ist nicht „irgendwie links“, sondern ein urchristdemokratisches Anliegen. Politik muss sich wieder die Mühe machen, diese Probleme wahrzunehmen und eigene, christdemokratische Lösungen finden. Das kann auch bedeuten, dass Konzepte in die Nähe von SPD oder Grünen gerückt werden. Entscheidend ist allerdings, wie man diese Forderung ableitet und begründet.

Ein Beispiel dafür ist der Mindestlohn. Es gibt gute Gründe aus dem christlichen Menschenbild heraus und sogar ordnungspolitische Gründe, die die Wichtigkeit einer Lohnuntergrenze bei abnehmender Tarifbindung und

Sozialpartnerschaft unterstreichen. In einer sozialen Marktwirtschaft, in der die für die Lohnfindung zuständige Institution der Sozialpartnerschaft erodiert, ist ein Mindestlohn kein Instrument, um Wohlstand zu schaffen, sondern sichert ein Mindestmaß an Einkommen und menschenwürdiger Entlohnung. Dabei sollte der Mindestlohn nicht einfach politisch festgesetzt werden. Die Union hat für die Mindestlohnfindung stattdessen eine sozialpartnerschaftliche Mindestlohnkommission beauftragt. Diese hat zwar in der Vergangenheit nicht immer „geliefert“, aber vom Grunde her ist das der Weg für die Umsetzung einer christdemokratischen Idee.

Wahlen gewinnen wir mit einer Politik, die für Bürgerinnen und Bürger im Alltag erfahrbar ist

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit, also die Strukturprinzipien des christlichen Menschenbildes, den intuitiven Erwartungen vieler Menschen an Politik und Gesellschaft entsprechen. Ich habe aber gleichzeitig die Erfahrung gemacht, dass das bei Weitem nicht ausreicht, um diese Personen an der Wahlurne zu überzeugen. Normative und abstrakte Prinzipien gewinnen eben keine Wahl, sondern deren Umsetzung in konkrete Politik.

Aus meiner Sicht müssen die Menschen darin gestärkt werden, ihr Leben selbstbestimmt und eigenverantwortlich führen zu können. Dort, wo strukturelle Probleme Einzelne überfordern, muss die Solidarität und Unterstützung der Gemeinschaft konkret erfahrbar werden.

Ein soziales Profil aus dem christlichen Menschenbild heraus ist daher nicht gleichbedeutend mit höheren Sozialleistungen, sondern mit einer Befähigung von Menschen: Aufstiegschancen, Bildungs- und Weiterbildungsangebote, die Möglichkeit zur Ver-

mögensbildung und der ökonomischen Grundlage für Familien sowie der Einsatz gegen jede Form von Diskriminierung in der Gesellschaft.

Das alles lässt sich aus dem christlichen Menschenbild heraus entwickeln und trägt zu einem glaubwürdigen und genuinen sozialen Profil bei. Das ist aber nur der erste Schritt. In einem zweiten Schritt muss das auch in der Kommunikation und in der konkreten Umsetzung sichtbar werden.



Soziale Gerechtigkeit für alle jungen Menschen erreichen!

Susanne Nowak, Bundesreferentin IN VIA

Soziale Gerechtigkeit beinhaltet vor allem soziale Teilhabe. Für junge Menschen bedeutet Teilhabe, einen Platz in der Mitte des gesellschaftlichen Lebens zu haben und an Bildung, Arbeit und Beschäftigung, an politischen und demokratischen Entscheidungen beteiligt zu sein. Mittendrin zu sein, das heißt: mitmachen, mitdenken, mitreden, mitmischen, mitgestalten. Jedoch bleibt diese Teilhabe mindestens einem Viertel der 18- bis 27-Jährigen in Deutschland verwehrt. Gesellschaftliche Unterschiede wurden durch die Corona-Krise nicht nur sichtbar, sondern zusätzlich verschärft.[5]

So waren für die Gruppe der 14- bis 27-Jährigen in den zurückliegenden Monaten vor allem die Zugänge zu Bildung sowie in Ausbildung, Studium oder Beruf eingeschränkt oder gar versperrt. Der ohnehin schon seit Jahren festgestellte hohe Zusammenhang zwischen familiären Lebensverhältnissen und Bildungsbeteiligung hat sich während der Corona-Pandemie verstärkt. Der Jugendforscher Klaus Hurrelmann, der über viele Jahre die Shell-Jugendstudie verantwortet hat, warnt vor einer Spaltung der jungen Generation durch die Corona-Krise. Diese habe eine Schwächung der Schwachen bewirkt und somit gesellschaftliche Benachteiligungen verfestigt. Ein Drittel der jungen Generation habe mit sich verschärfenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen.[6] Soziale Gerechtigkeit in Form von gesellschaftlicher Teilhabe ist vor allem für diejenigen schwer erreichbar, die wenige Ressourcen zur Verfügung haben und schon vor der Pandemie als benachteiligt galten.

Entscheidend für gesellschaftliche Teilhabe sind laut Nationaler Bildungsbericht der formale Bildungsstand sowie die sozioökonomische Situation der Eltern. 2018 waren rund 29 Prozent oder fast jedes dritte Kind unter 18 Jahren von mindestens einer Risikolage betroffen.[7] Während der Pandemie haben sich die Unterschiede in den Lebenslagen junger Menschen in Deutschland nochmals weiter aus-

einanderentwickelt. Auch der *6. Armuts- und Reichtumsbericht* der Bundesregierung belegt, dass insbesondere Kinder und Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen oder auch geringerem Bildungsstatus bei der Bewältigung der pandemiebedingten Umstände besonders großen Hürden gegenüberstehen. Wenig Unterstützung im Elternhaus sowie wenige oder fehlende Rückzugsmöglichkeiten aufgrund beengter Wohnverhältnisse kennzeichnen den Alltag dieser jungen Menschen. Wenn durch prekäre Lebensverhältnisse der Eltern, zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Schulden, Suchtprobleme, zusätzliche Belastungen hinzukommen, wird Aufwachsen zu einer echten Herausforderung. Bei den 18- bis 24-Jährigen ist die Armutsgefährdungsquote mit 25,5 Prozent so hoch wie in keiner anderen Altersgruppe, mit 20,2 Prozent folgen die unter 18-Jährigen.[8] Besonders wichtig sind daher Unterstützungsangebote im Kontext Schule und beim Übergang in Ausbildung und Beruf, um sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken.

Digitale Teilhabe sichern

Junge Menschen waren beziehungsweise sind während der Pandemie besonders durch Schulschließungen, Quarantäneverordnungen, Schließungen von universitären und außerschulischen Bildungs- sowie Jugendeinrichtungen betroffen, aber auch durch private Kontaktsperren. Zu gesellschaftlicher Teilhabe zählen auch die Teilhabemöglichkeiten junger Menschen an digitaler Ausstattung. Hier gibt es – auch das hat Corona gezeigt – immense Unterschiede. Aufgrund mangelnder Zugänge, nicht vorhandener digitaler Ausstattung, fehlendem technischen Knowhow sowie unzureichender Unterstützung können nicht alle jungen Menschen von digitalen schulischen und außerschulischen Lernangeboten profitieren. Durch die fortschreitende Digitalisierung in den Lockdown-Zeiten drohten daher viele junge Menschen aus sozioökonomisch schwächer gestellten Haushalten im formalen Bildungsbereich (weiter) abgehängt zu werden.

Die katholische Jugendsozialarbeit forderte daher frühzeitig ein Bundesprogramm „Digitalisierung in der Jugendsozialarbeit“, um Bildung, Ausbildung und Teilhabe für alle jungen Menschen sichern zu können.[9]

Schulsozialarbeit schafft einen Link zwischen Schule und Familien

Auch die Schulsozialarbeit nahm die differierenden digitalen Teilhabemöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern deutlich wahr. Dabei kam dieser Profession in der Pandemie einmal mehr die wichtige Aufgabe zu, Schülerinnen und Schüler während der Zeit im Homeschooling zu unterstützen und als Vermittlerin zwischen Familien und Schulen zu agieren. Eine rasche, flexible und hybride Gestaltung von Angeboten der schulbezogenen Jugendsozialarbeit gestaltete sich schwierig: Die Schulsozialarbeit konnte weder von den Fördermöglichkeiten über den DigitalPakt Schule partizipieren noch gab es darüber hinaus Fördermittel, um hier Abhilfe zu schaffen. Viele Träger der Jugendsozialarbeit konnten diesen Missstand durch Spenden in Form von Tablets ausgleichen und sind mit Ressourcen in Vorleistung gegangen. Dennoch benötigt auch dieser Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nach wie vor dringend finanzielle Ressourcen, um digitale sowie hybride Angebote abzusichern.

Der Übergang von Schule zu Beruf gestaltet sich schwierig

Der institutionelle Übergang von der Schule in die Arbeitswelt ist schon in normalen Zeiten für eine beachtliche Zahl junger Menschen nicht einfach. Durch die Auswirkungen der Pandemie kommen fehlende berufliche Orientierung, unzureichende Angebote der Berufsberatung sowie fehlende Ausbildungsbörsen als weitere Hemmnisse hinzu. Auch Berufspraktika konnten nur eingeschränkt oder gar nicht stattfinden. Sie dienen jedoch oft als Türöffner in die Ausbildung für diejenigen Jugendlichen, die

weniger mit guten Noten als mit anderen Kompetenzen überzeugen.

Auch mit den Förderangeboten der Jugendberufshilfe werden derzeit nicht alle jungen Menschen erreicht, so die Rückmeldung aus der Fachpraxis der Caritas. Nicht alle Kontakte zu den jungen Menschen können während der Pandemie aufrechterhalten werden. Digitale Angebote haben die Jugendlichen in den Lockdown-Phasen teils nicht (mehr) erreicht. Vor allem fehlte ihnen die direkte Ansprache in Face-to-Face-Begegnungen. Nicht wenige junge Menschen haben sich aus allen Hilfesystemen zurückgezogen. Schon seit Beginn der Pandemie fordern IN VIA, Caritas und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) aufsuchende Angebote, um diese jungen Menschen wieder zu erreichen.

Zusätzlich belasten Verunsicherung, mangelndes Selbstvertrauen und Zukunftsängste die jungen Menschen beim Übertritt in Ausbildung und/oder Beruf, und dies in einer sensiblen Phase des Erwachsenwerdens, in der junge Menschen ohnehin vor zentralen Entwicklungsaufgaben stehen, vor allem der Ablösung vom Elternhaus. Laut einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung zur Ausbildungsperspektive im zweiten Corona-Jahr sind 70 Prozent der 14- bis 20-Jährigen mit niedrigem Schulabschluss der Ansicht, dass sich ihre Chancen auf Ausbildung durch Corona verschlechtert haben. Die Chancen auf einen Studienplatz sehen hingegen nur 21 Prozent der studienberechtigten Befragten verschlechtert. 33 Prozent der Befragten meinen, es gebe zu wenig Ausbildungsplätze, bei jungen Menschen mit niedriger Schulbildung sind sogar fast die Hälfte (44 Prozent) dieser Meinung.[10]

Unsicherheit bezüglich der beruflichen Perspektiven junger Menschen spiegelt sich auch in den rückläufigen Zahlen der Ausbildungsbewerberinnen und -bewerber im aktuellen Berufsbildungsbericht wider (–15,3

Prozent, –78.256). Auch die Zahl der offenen Ausbildungsstellen ist im Vergleich zum Vor-Corona-Niveau gesunken (–10,6 Prozent, –60.700 Ausbildungsstellen). Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt trotz einer Steigerung von 1,2 Prozent im zurückliegenden Ausbildungsjahr deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Sollte sich der Ausbildungsmarkt wie schon nach der Finanzkrise nicht mehr erholen, könnte dies schwerwiegende negative Folgen für die Lebenschancen vieler junger Menschen haben und auch für die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Aus Sicht der Jugendsozialarbeit könnte die im Koalitionsvertrag angekündigte Ausbildungsgarantie Abhilfe schaffen. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit fordert daher eine zügige Umsetzung.[11]

Eine große Verunsicherung lässt viele junge Menschen nach Alternativen suchen, beispielsweise einen weiteren Schulbesuch oder ein Freiwilliges Soziales Jahr. Nicht alle können diesen Weg einschlagen, denn auch hier werden meist höhere Schulabschlüsse und gute Noten vorausgesetzt.

Psychische Belastungen nehmen zu

Nach zwei Jahren Corona-Krisenmodus, Klimakrise und angesichts der bedrohlichen Kriegssituation in der Ukraine blicken viele junge Menschen ängstlich der Zukunft entgegen. Auch hat die Kontaktlosigkeit junger Menschen teils zu Vereinsamung geführt. Die Zunahme psychischer Belastungen und psychosomatischer Auffälligkeiten belegen mehrere aktuelle Studien. So fühlen sich 71 Prozent der Jugendlichen seelisch belastet, vor allem durch als anstrengend empfundenes Homeschooling (64,4 Prozent), weniger Kontakt zu Freunden (82,8 Prozent) und häufigen Streit in der Familie (27,6 Prozent). 66 Prozent spüren eine verminderte Lebensqualität und geben ein geringeres psychisches Wohlbefinden an (vor Corona 33 Pro-

zent).[12] Einrichtungen der Jugendhilfe der Caritas berichten von hoher Suizidalität und einer Zunahme von Depressionen, der mit einem Rückzug bei den Jugendlichen einhergeht. Hinzu kommen überlastete ambulante und stationäre Einrichtungen und fehlende Therapieplätze.

Folgeprogramm des Corona-Aufholpaketes bedarfsgerecht gestalten

Die Corona-Pandemie hat das Leben junger Menschen in den zurückliegenden zwei Jahren stark eingeschränkt. Um Abhilfe zu schaffen, haben Bund und Länder im vergangenen Jahr das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021/22 gestartet. Mittlerweile liegt ein Zwischenbericht vor. Aus Sicht einiger Träger der Caritas-Jugendsozialarbeit wird das Programm als sehr komplex bewertet. Der Aufwand bei der Beantragung von Fördermitteln stehe in keinem Verhältnis zu dem Output. Auch müssten die Bedarfe der jungen Menschen mehr in den Blick genommen werden.

In dem nachfolgenden Kinder- und Familien-Zukunftsprogramm sollen daher die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen ausreichend Berücksichtigung finden. Aus Sicht der Jugendsozialarbeit fehlte in den bisherigen Fördermöglichkeiten vor allem der Ausbau der aufsuchenden Jugendsozialarbeit. Es besteht dringender Handlungsbedarf, junge Menschen, die sich infolge der Krisenbewältigung zurückgezogen haben, aus der Isolation zu holen. Hierzu müssen diese Jugendlichen zunächst mit niedrigschwelligen Angeboten der aufsuchenden Jugendsozialarbeit in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld erreicht werden, um ihnen mithilfe einer tragfähigen Beziehungsstruktur einen Weg aus der Perspektivlosigkeit aufzuzeigen. Sie müssen dazu ermutigt werden, ihre Zukunft wieder aktiv zu gestalten und selbstbestimmt ihren Lebensweg zu beschreiten.

Ausblick

Die Corona-Pandemie hat die Lebenssituation junger Menschen massiv beeinträchtigt: Ihr Zugang zu Bildung und Ausbildung, zu Freizeitgestaltung, zu Wohnraum und zu politischer und gesellschaftlicher Partizipation hat sich verschlechtert. Insbesondere sozial oder individuell beeinträchtigte Jugendliche und junge Erwachsene blicken in Deutschland in eine unsichere Zukunft. Sie brauchen verlässliche Zukunftsperspektiven. Die Politik ist gefordert, zu agieren und für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse aller jungen Menschen Sorge zu tragen. Sie muss durch gesetzliche Rahmengebung die Weichen stellen, damit sich soziale Gerechtigkeit für junge Menschen verwirklichen lässt. Dabei sind alle Beteiligten gefordert, Zuschreibungen zu vermeiden. Denn junge Menschen wollen nicht als verloren gegangene Corona-Generation oder als „lost“ abgestempelt werden. Jugendliche wollen gesehen werden und beteiligt sein. Auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe haben sie ein Recht, das es einzulösen gilt.

5 Vgl. Katholische Jugendsozialarbeit (KJS): Jugendarmut bekämpfen und den Armutskreislauf durchbrechen. Politikbrief, März 2018. Online unter: https://www.bagkjs.de/wp-content/uploads/2021/07/Politikbrief.pdf (letzter Zugriff am 30.5.2022).

6 Vgl. Corona-Krise: Junge Generation spaltet sich auf. Jugendsozialarbeit News o. J. Online unter: https://jugendsozialarbeit.news/corona-krise-junge-generation-spaltet-sich-auf/ (letzter Zugriff am 30.5.2022).

7 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2020. Ein indikatorgestützter Bericht zu Bildung in einer digitalisierten Welt. Online unter: https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2020/pdf-dateien-2020/bildungsbericht-2020-barrierefrei.pdf (letzter Zugriff am 30.5.2022).

8 Vgl. Katholische Jugendsozialarbeit (KJS), a.a.O.

9 Vgl. Katholische Jugendsozialarbeit (KJS): *Bundesprogramm „Digitalisierung in der Jugendsozialarbeit": Bildung, Ausbildung und Teilhabe für alle jungen Menschen sichern.* Positionspapier Februar 2021. Online unter: https://www.bagkjs.de/wp-content/uploads/2021/07/2021-02-16-Positionspapier-Bundesprogramm-Digitalisierung.pdf (letzter Zugriff am 30.5.2022).

10 Vgl. Ingo Barlovic, Denise Ullrich und Clemens Wieland (2020): Ausbildungsperspektiven in Zeiten von Corona. Eine repräsentative Befragung von Jugendlichen. Bertelsmann Stiftung. Online unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/2020_Jugendbefragung_Corona.pdf (letzter Zugriff am 30.5.2022), S. 12f.

11 Vgl. Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit: Eine Ausbildung für alle ermöglichen – Ausbildungsgarantie jetzt umsetzen!, Druckfrisch 3 2020. Online unter: https://jugendsozialarbeit.de/veroeffentlichungen/druckfrisch/druckfrisch-2022 (letzter Zugriff am 30.5.2022).

12 Vgl. Ulrike Ravens-Sieberer u. a. (2021): Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der ersten Welle der COVID-19-Pandemie – Ergebnisse der COPSY-Studie. Online unter: https://link.springer.com/article/10.1007/s00103-021-03291-3#Sec6 (letzter Zugriff am 30.5.2022).



„Kurs halten: Anpacken statt rumschnacken“

Politik der sozialen Gerechtigkeit in Schleswig-Holstein

Interview mit Daniel Günther MdL, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein

Herr Ministerpräsident, die CDU ist eine „Familienpartei, eine Mittendrin-Partei“, die Politik für Menschen mache und nicht abgehoben sei – sagten Sie einmal in einem Interview. Spricht man mit jungen Menschen, und fragt sie nach ihren Themen sozialer Gerechtigkeit, so liest sich das im Januar 2022 beschlossene Wahlkampfprogramm der CDU in Schleswig-Holstein wie eine Antwort auf die drängendsten Fragen der Generation Z (14 bis 24 Jahre alt), allem voran im Bereich der Bildung. Formale Bildungsdurchlässigkeit oder bestehende Fördermaßnahmen in Kitas und Schulen, so sagen viele in der Generation Z, reichten nicht aus, die Fördergräben zwischen Elternhäusern zu überwinden, die soziale Unfairness bedeuten. Auch wird angemerkt, dass allgemeinbildende Schulen oft nicht ausreichend auf eine Ausbildung oder ein Studium vorbereiten. Welchen Weg geht die CDU Schleswig-Holsteins hier?

Mit unserem Wahlprogramm haben wir ganz bewusst einen Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche gelegt. Unsere Kinder sind das größte Kapital unseres Landes. Für beste Startchancen hat für uns der Ausbau der Betreuungsqualität in den Kitas Vorrang. Wir wollen mehr Kitaplätze schaffen, mehr Betreuerinnen und Betreuer ausbilden und auch die Betreuungszeiten ausweiten. Ganz bewusst wollen wir die Grundbildung stärken, indem wir eine zusätzliche Stunde Deutsch und Mathematik in den Grundschulen einführen. Wichtig ist uns aber auch, die naturwissenschaftlichen Fächer zu stärken und an weiterführenden Schulen Informatik als Pflichtfach einzuführen. Das wird auch helfen, unsere Kinder besser auf eine Ausbildung oder ein Studium, also für den Start ins berufliche Leben, vorzubereiten.

87 Prozent den jungen Menschen zwischen 14 und 19 Jahren in Deutschland möchten im Alter von 30 Jahren in den eigenen vier Wänden leben, gleichzeitig macht die Altersgruppe der bis 45-Jährigen nur noch 15 Prozent derjenigen aus, die selbstgenutztes Wohneigentum besitzen. Vor 20 Jahren waren es noch doppelt so viele. Und: Jeder und jede Vierte 14- bis 19-Jährige möchte im Alter um die 30 auf dem Land leben. Halten Sie diese Wünsche für spießig?

Ich halte den Traum vom Eigenheim für absolut erstrebenswert. Das Aufstiegsversprechen und die Freiheit, Wohneigentum zu erwerben, sind schließlich Fragen, die die CDU im Kern berühren. Für viele junge Menschen wird es aber immer schwieriger, sich diesen Traum noch leisten zu können. Es geht für uns also darum, die Eigenheimfinanzierung leistbar zu gestalten. Wohnen muss bezahlbar bleiben. Dafür haben wir mit unserem Wahlprogramm in Schleswig-Holstein eine ganze Reihe von Instrumenten an der Hand.

Klimafragen sind für die Generation Z eng mit sozialer Gerechtigkeit verbunden: Menschen, die zum Beispiel in den Pazifikregionen oder auf dem afrikanischen Kontinent leben, tragen wenig zur Klimakrise bei, spüren aber die Konsequenzen in extremer Weise. Junge Menschen empfinden das als zutiefst unfair.

Was auf der großen Bühne entschieden wird, muss ja auch vor Ort mit den Menschen umgesetzt werden und natürlich spielt es da auch eine Rolle, welche Auswirkung unser Handeln auf andere hat. Als Energiewendeland haben wir hier in Schleswig-Holstein eine besondere Verantwortung. Wir wollen unter Beweis stellen, wie Energie- und Klimawende auch in industriellen Ländern funktionieren kann. Wir wollen das erste klimaneutrale Land der Bundesrepublik werden. Gleiches gilt übrigens auch für unseren Umgang mit Abfällen.

Wie wird Klimapolitik in Schleswig-Holstein bezahlbar, gerade für junge Menschen und junge Familien?

Die Energiewende wird nur gelingen, wenn wir die Akzeptanz der Menschen erhalten und eine Möglichkeit zur Teilhabe bieten. Für uns in Schleswig-Holstein ist die Energiewende auch eine große wirtschaftliche Chance, neue Wertschöpfung ins Land zu holen und neuen Wohlstand zu schaffen. Statt den Strom in andere Länder zu leiten oder Windräder bei zu viel Wind abschalten zu müssen, wollen wir den Strom im Land nutzen, um gezielt neue industrielle Betriebe anzusiedeln und neue zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Fragen stellte Elisabeth Hoffmann.

Autorinnen und Autoren

Benjamin Anders, Auszubildender, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

Fabian Götsch, Abiturient, Peter-Joerres-Gymnasium, Bad Neuenahr-Ahrweiler

Marvin Grabowski, Masterstudent, Universität Hamburg

Serap Güler MdB, Köln

Daniel Günther MdL, Ministerpräsident Schleswig-Holstein

Yannik Heidbüchel, Masterstudent, Technische Universität Dortmund, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag

Max Hinrichsen, Auszubildender, Automobilzulieferer, Lemgo

Elisabeth Hoffmann, Referentin, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

Benedikt Jäger, Masterstudent, Universität Düsseldorf

Noem Kissmehl, Freiwilliges Soziales Jahr, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

Natalie Klauser, Referentin, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

Lukas Nantke, Zollobersekretär, Hauptzollamt Stralsund

Gernot C. Nahrung, Bundesvorsitzender der Jungen CDA, Berlin

Susanne Nowak, Bundesreferentin, IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit – Deutschland e. V., Berlin

Martha Nowakowski, Studentin, Universität Freiburg

Sophia Richter, Auszubildende, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

Cedric F. Röhrich, Student, Rheinische Friedrich-Wilhelms Universität, Bonn

Marc Speicher MdL, Saarbrücken

Carolin Unger, Masterstudentin, School of Governance der Universität Duisburg-Essen, Duisburg

Katrin Weis, Masterstudentin, Universität Mannheim

Lena Wiegand, Auszubildende, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

Sean Zielinski, Masterstudent, Technische Universität, Berlin

Impressum

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022, Berlin

Umschlag: © Katrin Funke
Gestaltung und Satz: KALUZA+SCHMID Studio GmbH
Druck: Kern GmbH, Bexbach

Printed in Germany.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de)

ISBN 978-3-98574-077-2

Ist das Thema soziale Gerechtigkeit interessant für die Generation Z (14 bis 24 Jahre alt)? Sie als spaß- und ichbezogen „abzustempeln“, wird ihren zahlreichen Facetten, die Lebensälteren oft als widersprüchlich erscheinen, nicht gerecht. Mit witzigen TikTok-Videos weisen die Jungen auf soziale Ungerechtigkeiten hin, ernster Inhalt und verspielte Form sind für sie keine Gegensätze. Überweite Hoodies verdecken zwar das Gesicht, nicht aber den klaren und kritischen Blick auf soziale Schieflagen in unserer Gesellschaft. Zukunftsthemen wie die Alterssicherung der jungen Generationen, die Folgen des Klimawandels und die immer noch vorhandene Benachteiligung von Frauen in der Berufswelt zählen für sie zu den Schlüsselthemen sozialer Gerechtigkeit. Dabei zeigen sie sich – entgegen den Erwartungen Lebensälterer – erstaunlich konservativ. Für viele von ihnen sind die Angebote der globalen „Alles-ist-möglich“-Welt, die die Babyboomer ihren Kinder schufen, nicht erstrebenswert. Statt einer Einzimmerwohnung in Manhattan, deren Miete die Hälfte des Gehaltes verschlingt, setzen nicht wenige auf einen Job in der Heimatstadt und auf Wohneigentum. Wichtig sind ihnen soziale Netzwerke und die Gewissheit, ihr Geld „nicht in der Miete zu verbrennen“. Wohneigentum ist für sie die bevorzugte Art der Altersvorsorge – hier liegt für die Generation Z ein Schlüssel zur sozialen Gerechtigkeit.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.